

Was haben Top-Einkommen mit Gewerkschaften zu tun?

Die Schwächung der Gewerkschaften in der neoliberalen Epoche geht mit einer Zunahme sozialer Ungleichheit einher. Präziser: In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern war die Brechung gewerkschaftlichen Widerstands eine Voraussetzung für die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die Deregulierung kollektiver Arbeitsmarkt- und Arbeitsregulierung sowie die Schwächung des Sozialstaats.



Deshalb wurden die ersten Kämpfe, die Margaret Thatcher und Ronald Reagan Anfang der 1980er Jahre zu bestehen hatten, gegen konfliktorientierte Gewerkschaften geführt: in Großbritannien gegen die Bergarbeiter und in den USA gegen die Piloten im Luftverkehr. Die Folge sind Gesellschaften, in denen größere Kreise der Erwerbsbevölkerung in »Zonen der Prekarität« (Castel) abgedrängt sind und in denen die sogenannte soziale Mitte erodiert. Das ist bekannt und gut dokumentiert —

auch wenn immer mal wieder Auftragsforschung vermeintlich widersprechende Ergebnisse publiziert (zur kritischen Auseinandersetzung damit siehe jüngst Sozialismus H. 2, 2016).

Im Blickpunkt stehen dabei vor allem die unteren Einkommen. Das ist naheliegend. So wie Armut wächst, wenn die Transferleistungen des Sozialstaates beschnitten werden, nimmt die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen zu, wenn die Reichweite von Tarifverträgen (oder die Orientierung daran) zurück geht oder — tarifliche und gesetzliche — Mindestlöhne nicht mehr vor Armut trotz Arbeit schützen. Oder, wenn die Schwächung institutioneller und organisatorischer Machtressourcen auch für jene, die noch unter dem Schuttschirm von Tarifverträgen stehen, zu einer Verschlechterung der Verteilungsposition führen.

Eine neue Blickrichtung offeriert nun ausgerechnet der Internationale Währungsfonds. Nicht im Sinne der argumentativer Verstärkung jener Politik, die der IWF im Süden Europas mit aller Macht einfordert: Vorrang betrieblicher (Lohn-)Verhandlungen auch unter gänzlichem Ausschluss von aktiven Gewerkschaftern und fortschreitende, rabiate Senkung des Mindestlohns. Ganz im Gegenteil: Mitarbeiterinnen der Forschungsabteilung des IWF sind der Frage nachgegangen, inwieweit die Piketty-Analyse nicht auch in den Kontext der Schwächung gewerkschaftlicher Machtressourcen einzuordnen ist. Piketty stellt den historisch-exorbitanten Vermögenszuwachs der Spitze der Vermögenspyramide heraus, wonach die Reichtumskonzentration wieder ein Niveau wie vor dem Ersten Weltkrieg erreicht hat. Die Stärkung der Finanzmärkte hat dazu ebenso wie eine vermögensförderliche Steuerpolitik eine maßgebliche Rolle gespielt — Gewerkschaften sind bei Piketty allerdings nicht Teil der Analyse.

Diese Lücke schließt nun der IWF. »Unsere zentralen Befunde sind, dass der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Zusammenhang steht mit der Zunahme des Anteils der Top-Einkommen sowie der abnehmenden Bedeutung von Umverteilung, und dass die Erosion des Mindestlohns mit einer signifikanten Zunahme von sozialer Ungleichheit insgesamt korreliert.«^[1] Das ist nicht leicht dahingeschrieben — die Veröffentlichung der Befunde ist autorisiert vom IWF-Chefökonom Olivier Blanchard. Untersucht wurde die Entwicklung in den 20 führenden Volkswirtschaften im Zeitraum von 1980-2010.

Die Argumentation:

1. »Der Machtressourcenansatz legt nahe, dass starke Gewerkschaften die politischen Akteure zu einer Politik der Umverteilung in die Pflicht nehmen können« (S. 8).

Organisationsmacht ermöglicht höhere Mobilisierungsgrade, strukturelle Macht entsprechenden Einfluss in den Betrieben und institutionelle Machtressourcen (im Tarifsystem und Sozialstaat) erweiterte Durchsetzungschancen — alles Faktoren, die ausufernde Ungleichverteilung der Erwerbseinkommen mehr oder weniger stark begrenzen.

Dabei spielt, so der Befund der Untersuchung, Organisationsmacht allein schon eine zentrale Bedeutung, denn: »Wir haben Belege dafür, dass der Rückgang gewerkschaftlicher Organisationsgrade — des Anteils der Gewerkschaftsmitglieder an den (abhängig beschäftigten) Erwerbstätigen — in engem Zusammenhang steht mit dem wachsenden Anteil von Top-Einkommen.« (ebd.)

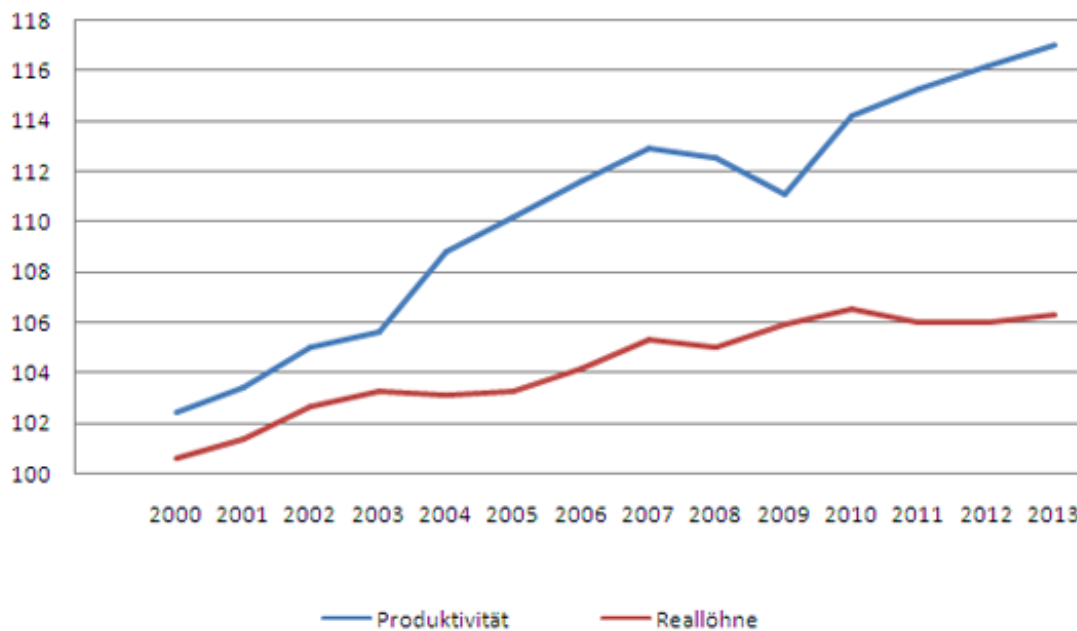
2. Je schwächer die Gewerkschaften, umso mehr nimmt die soziale Ungleichheit mit steigenden Spitzeneinkommen bei gleichzeitig erodierendem Mindestlohn zu.

Ein Blick auf die Verhältnisse in den entwickelten kapitalistischen Ländern macht deutlich, dass die Produktivität in sehr viel stärkerem Maße gestiegen ist, als die Realeinkommen (Abb. 1) — und zwar annähernd um

den Faktor 3. Der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum konnte von den Gewerkschaften nicht ausgeschöpft werden.

Abbildung 1

Arbeitsproduktivität und durchschnittliche Reallöhne in den entwickelten Ländern (1999=100)



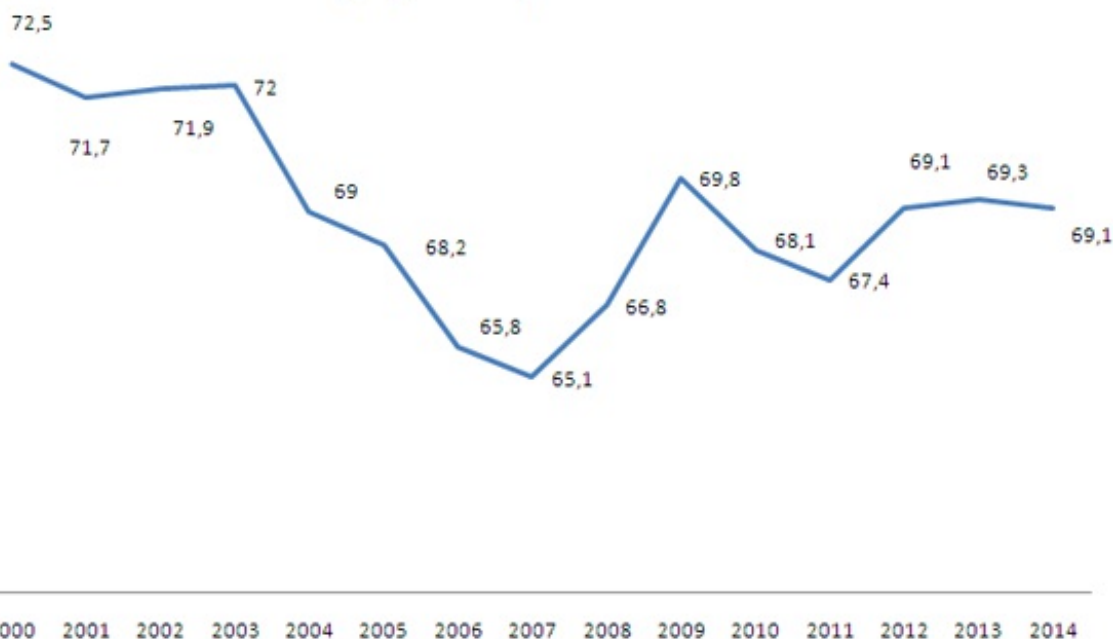
Quelle: ILO:

Global Wage Report 2014/2015

Dies resultiert in einer fallenden Lohnquote, wie wir sie im Trend seit den 1980er Jahren beobachten können und wie sie in Abb. 2 für Deutschland wiedergegeben wird; eine steigende Lohnquote in den Krisenjahren 2008ff. indiziert keine verbesserte Verteilungsposition auf Seiten der Lohnarbeit, sondern krisenbedingt einen Rücklauf der Gewinne, was im Ausgang der Krise schnell wieder korrigiert wurde. Wenn steigende Gewinneinkommen nicht zu steigenden Realinvestitionen — und damit zu einer Beschleunigung der Akkumulation — führen, vollzieht sich — wie wir seit Mitte der 1990er Jahre sehen — eine zweite Umverteilung: von der Realökonomie hin zu Kapitalanlagen auf den Finanzmärkten.

Abbildung 2

Rückgang der Lohnquote in Deutschland



Quelle:

Spannagel, WSI-Mitt. 8/2015, S. 627.

3. *»Da Kapitaleinkommen in hohem Maße konzentriert sind, mündet ihre Stärkung letztlich in einem starken Wachstum von Top-Einkommen.«*

Bei fallender Lohnquote ergibt sich daraus eine besondere Dynamik bei den Spitzeneinkommen. Was auf der Makroebene gilt, trifft — wie in der Studie notiert wird — auch auf die Mikroebene des Betriebes zu: Einer geschwächten Interessenvertretung fällt es auch schwer, hohe Managergehälter oder Boni zu kritisieren, geschweige denn zu verhindern.

Fazit: Den ökonometrischen Analysen der IWF-Autorinnen zufolge trägt die Erosion gewerkschaftlichen Organisationsgrades maßgeblich zu dem rapiden Wachstum der Spitzeneinkommen bei. Mit 40% mag der Faktor im Einzelnen strittig sein; aber der Zusammenhang selbst ist gut begründet. Und mehr noch: Die Zunahme des Gini-Koeffizienten als Maß sozialer Ungleichheit ist nach den Ergebnissen der Studie zu 50% dem Rückgang gewerkschaftlicher Organisation geschuldet (S. 25).

Die Untersuchung von Florence Jaumotte und Carolina Osorio Buitron widerspricht damit gängigen Thesen gerade auch aus anderen Abteilungen des IWF, die steigende Spitzeneinkommen zwar nicht mehr naiv als Leistungsentlohnung deklarieren, jedoch als notwendig in einem letztlich der ganzen Gesellschaft zugute kommenden Wettbewerbsregime verteidigen, und vor allem der Auffassung, dass Armut vermeidende Mindestlöhne zu mehr Ungleichheit führen würden, weil damit die Hürden auf dem Arbeitsmarkt zu hoch aufgestellt seien. Die Untersuchung zeigt: Das Gegenteil ist der Fall.

Eine Empfehlung aus normalerweise nicht freundlich-unterstützendem, in diesem Fall aber sehr willkommenen Munde: Gewerkschaften haben ein starkes politisches Mandat, von den Erfahrungen ihres Organisationsbereiches her Umverteilung von der Spitze her einzufordern. Das politische Mandat der Gewerkschaften betrifft also nicht nur das gesellschaftliche Unten, sondern ebenso das gesellschaftliche ganz Oben!

[1] Florence Jaumotte/Carolina Osorio Buitron: *Inequality und Labour Market Institutions*, International Monetary Fund, Research Department. Paris, July 2015, S. 4.

Quelle: https://www.wissentransfer.info/nc/unsere_themen/details/artikel/was-haben-top-einkommen-mit-gewerkschaften-zu-tun/